Nr. 144. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Sonnabend, 25. März 1893.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

E. L. Berlin, 24. März.

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

9. Sitzung vom 24. März.

Der Vizepräsident eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Zunächst soll über die geschäftliche Behandlung des Wahlgesetzes Beschluß gefaßt werden.

Oberbürgermeister Bötticher beantragt, den Gesetzentwurf, der etwa Mitte April im Herrenhause zu erwarten sei, zunächst einer ersten Berathung im Hause zu unterziehen, bevor er in eine Kommission verwiesen werde. Die Vorlage sei eine der wichtigsten und eine Verschleppung der Berathung der Steuergesetze dadurch nicht zu besorgen.

Freiherr v. Manteuffel hält eine erste Berathung für überflüssig. Die Stellungnahme zu dem Gesetze sei für die Fraktionen nicht schwer. Praktisch würde allerdings eine Verschleppung herauskommen. Wähle das Haus schon heute eine Kommission, so könne ohne Zeitverlust und ohne daß das Plenum wegen eines einzigen Sitzungstages zusammenzutreten brauchte, in die Berathung eingetreten werden.

Das Haus entscheidet nach Probe und Gegenprobe bei sehr schwach besetztem Hause (kaum 40 Mitglieder) für den Antrag v. Manteuffel: für die Vorlage noch heute eine Kommission von 15 Mitgliedern niederzusetzen.

Darauf wird die Spezialbesprechung des Etats fortgesetzt. Die Etats der Staatsschuldenverwaltung, des Herrenhauses, des Hauses der Abgeordneten, der allgemeinen Finanzverwaltung und des Bureaus des Staatsministeriums passiren ohne Debatte.

Beim Etat der Staatsarchive regt Ober-Bürgermeister Bötticher (Magdeburg) eine bessere Besoldung der Archivbeamten an und beantragt: Das Herrenhaus wolle die Staatsregierung ersuchen, eine Erhöhung des Gehalts dieser Beamten in Erwägung zu ziehen.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag Bötticher abgelehnt.

Zum Etat der landwirthschaftlichen Verwaltung hat Fürst Hatzfeldt den Antrag gestellt: die Regierung zu ersuchen, in diesem Etat künftig zur Förderung genossenschaftlicher und kommunaler Flußregulirungen anstatt 500 000 Mark 3 Millionen Mark einzusetzen, ferner den Dispositionsfonds zur Unterstützung landwirthschaftlicher Vereine und zur Förderung der Landeskultur im Allgemeinen von 310,000 auf 500 000 Mark zu erhöhen. Die Budgetkommission beantragt, den Antrag der Regierung zur Erwägung, inwieweit eine spätere, an sich wünschenswerthe Erhöhung der beiden Positionen eintreten kann, zu überweisen.

Nach längerer Debatte wird der Antrag der Budgetkommission zu dem Antrage des Fürsten Hatzfeldt angenommen.

Beim Gestütsetat wird der Verwaltung von den Herren v. Klitzing und v. Bemberg-Flamersheim der Dank für die Förderung der Pferdezucht ausgesprochen.

Beim Etat des Finanzministeriums wünscht Graf Knyphausen die Ausgestaltung der noch nicht voll organisirten Regierungen zu Stralsund, Aurich, Stade und Sigmaringen.

Geh. Rath Lehnert verweist auch dieser Forderung gegenüber auf seine vorher gemachten Ausführungen.

Beim Etat des Handelsministeriums macht Struckmann auf den neuerlichen Erlaß des Ministers aufmerksam, wodurch die gewerblichen Fortbildungsschulen in ihrer Existenz zum Theil ernstlich bedroht werden. Es seien Abzüge von 10 Prozent an den Staatszuschüssen eingetreten; eine solche Maßnahme müsse dem äußersten Mißvergnügen begegnen, und es sei daraus ein allgemeiner Rückgang dieser Schulen zu besorgen.

Bötticher tritt diesen Ausführungen bei; hoffentlich werde das diesen Schulen bisher von der Regierung zugewendete Wohlwollen ihnen überall erhalten bleiben, nicht nur in Posen und Westpreußen.

Minister v. Berlepsch: Die Schulen in den genannten beiden Provinzen werden ganz aus Staatsmitteln erhalten und zwar kraft besonderen Gesetzes von 1886. Bei den Fortbildungsanstalten läßt sich allerdings in der Regel den Lehrern nicht eine feste Stellung verschaffen; mit der Umwandlung sämmtlicher Stellen in definitive kann nur allmälig vorgegangen werden. Die Verkürzung der Subvention ist Thatsache; neue Mittel konnten uns nicht gewährt werden, und so mußte bei der Vermehrung der Anstalten neue Reduktion eintreten, die aber nicht schematisch durchgeführt werden soll.

Beim Justizetat kam es zu einer Debatte über den bekannten Fall Paasch. Herr v. Durant war es, der die Regierung zu einer Erklärung darüber aufforderte, ob die Beschwerden Paasch's über ungehörige Behandlung während seiner Untersuchungshaft berechtigt seien und in welchem Stadium sich die gesammte Angelegenheit befinde.

Geh. Ober-Justizrath Lucas gab in seiner Erwiderung zu, daß ein Theil der Klagen Paasch's sich als nicht unbegründet erwiesen habe, durch ein Reskript des Justizministers sei jedoch sofort Remedur erfolgt. Mit Entschiedenheit wies der Regierungskommissar die Annahme zurück, als wolle die Justizverwaltung die Entscheidung in der Strafsache gegen Paasch verschleppen. Wenn die Erledigung noch nicht erfolgen konnte, so liege das zumeist daran, daß der als Zeuge geladene deutsche Gesandte in Peking, Herr v. Brandt, erst im Juni in Deutschland ankommen könne. Der Spruch des Gerichts sei voraussichtlich im Juli zu erwarten. Erheiternd wirkte die Enthüllung des Herrn v. Winterfeldt, daß er durch seine dem Frhrn. v. Durant gegenüber gethane Aeußerung, die bezügliche Petition Paasch werde von der Kommission wahrscheinlich als zur Erörterung im Plenum nicht geeignet erklärt werden, die Anregung zu der heutigen Besprechung gegeben habe.

Herr v. Winterfeldt lieferte dann noch eine Charakterisirung Paasch und schloß mit dem Bedauern, daß das Haus sich mit der Sache noch einmal werde beschäftigen müssen.

Baron Durant bestätigte die Vermuthung des Herrn v. Winterfeldt als richtig.

Bei dem Etat des Kultusministeriums kamen verschiedene Forderungen der evangelischen Kirche, namentlich das Besteuerungswesen, zur Erörterung.

Damit wurde die Etatsberathung beendigt, und das Haus vertagt sich auf unbestimmte Zeit.

Deutschland.

Berlin, 25. März. Wie aus Görlitz gemeldet wird, hat der Ausschuß für Errichtung des Reiterstandbildes für Kaiser Wilhelm I. in Görlitz von dem Oberhofmarschall Grafen von Eulenburg die Benachrichtigung erhalten, daß der Kaiser die Absicht hat, der Enthüllungsfeier des Denkmals beizuwohnen und die Einladung der Kommunalstände der preußischen Oberlausitz und der Stadt Görlitz zu einem Festmahl im Anschluß an jene Feier annehmen will. Am 10. Mai würde es dem Kaiser aber nicht möglich sein, in Görlitz zu erscheinen, es müßte vielmehr ein etwas späteres Datum, und zwar in der Woche vor Pfingsten, für die Enthüllungsfeier gewählt werden. Der Kaiser will sich die Nennung eines bestimmten Tages noch vorbehalten.

— Die diesjährigen Uebungen der Mannschaften des Beurlaubtenstandes rufen eine etwas höhere Anzahl von Wehrpflichtigen unter die Fahnen, als in früheren Jahren, und weichen auch sonst in ihrer Anordnung von den bisher abgehaltenen ab. So üben diesmal 60 000 Reservisten der Infanterie, gegen 36 500 im Vorjahre, dagegen nur 60 000 Mann der Landwehrinfanterie, gegen 61 100 im Vorjahre. Die Zahl der zu den Uebungen der anderen Waffen einberufenen Mannschaften ist dieselbe wie früher, d. h. es üben 2700 Jäger, 10 000 Feldartilleristen und Kavalleristen, 5000 Fußartilleristen, 3000 Pioniere, 132 Mann der Reserve und 600 Mann der Landwehr der Eisenbahnbrigade, gegen 600 Mann Reserve im Vorjahre, 60 Reservisten, 30 Mann Landwehr der Luftschiffer-Abtheilung, gegen 132 Mann Reserve und 40 Mann Landwehr im Jahre 1892. Zum Train werden in diesem Jahre 530 Mann mehr einberufen als sonst, so daß im Ganzen 5630 Mann üben. Von Militärtelegraphisten machen 340 Mann, d. h. 10 Mann mehr als sonst 14tägige Kurse durch; von Arbeitssoldaten werden 200 Mann, d. h. 60 Mann mehr als im Vorjahre, eingezogen. — Bezüglich des Zeitpunktes der Einziehungen soll den Erwerbs- und wirthschaftlichen Interessen der Militärpflichtigen die größtmögliche Rücksicht zu Theil werden. Die Uebungen der Ersatzreserve finden in diesem Jahre nicht statt, da man dieses Institut ganz aufzugeben beabsichtigt. Im Jahre 1892 waren zu einer 10wöchigen Uebung der Ersatzreserve eingezogen gewesen 9610 Mann bei der Infanterie, 300 Mann bei den Jägern, 1150 Mann bei der Fußartillerie, 630 Mann bei den Pionieren, 810 Mann bei dem Train, zusammen 12 500 Mann, welche eine oberflächliche Ausbildung erhalten hatten, welche sie befähigte, frühzeitig als Ersatz nach dem Kriegsschauplatz nachgesendet zu werden.

Kiel, 22. März. Soeben werden die Kommandirungen im Seeoffizierkorps der Marine für das nächste Sommerhalbjahr bekannt gegeben. Es geht aus denselben zunächst hervor, daß die Manöverflotte eine ähnliche Zusammensetzung erfahren wird, wie im Vorjahre. Die 1. Division dieser Flotte, unter dem Befehl des Flottenchefs Vizeadmiral Schröder, ist formirt aus den Panzerschiffen „Baden" (Flaggschiff), „Baiern", „Württemberg", „Sachsen", und dem Aviso „Meteor". — Die 2. Division, unter dem Befehl des Kontreadmiral Karcher, besteht aus den Panzerschiffen „König Wilhelm" (Flaggschiff), „Deutschland", den Panzerfahrzeugen „Beowulf", „Frithjof" und dem Aviso „Jagd". — Die Torpedobootsflottille, unter dem Befehl des Korvettenkapitän Schmidt, ist formirt aus dem Aviso „Wacht" (Flaggschiff), dem Torpedodivisionsboot „D 7" und den Torpedobooten „S 59", „S 60", „S 61", „S 62", „S 64" und „S 65", dem Torpedodivisionsboot „D 5" und den Torpedobooten „S 43", „S 44", „S 45", „S 46", „S 47" und „S 48".

Frankfurt a. M., 22. März. Zu Ehren des Geburtstages des Fürsten Bismarck findet auch in diesem Jahre hier eine größere Feier statt, und zwar der Charwoche wegen bereits am kommenden Sonntag Nachmittag im großen Saale des Salbaues. Die Festrede hält der Gießener Professor Dr. W. Oncken, den einleitenden Prolog hat Ernst Scherenberg aus Elberfeld verfaßt und wird ihn auch selbst vortragen.

Stuttgart, 24. März. In der Abgeordnetenkammer begann heute die Berathung des Justizetats. Der Abgeordnete Haußmann brachte die Frage der Entschädigung unschuldig Verurtheilter und die Wiedereinführung der Berufung zur Sprache, worauf der Justizminister erwiderte, beide Frage stünden gemeinsam vor der reichsgesetzlichen Regelung.

Der hiesige „Beobachter" weist darauf hin, daß bei der Reichstagswahl im 17. Wahlkreis 17 524 Stimmen gegen die Militärvorlage und nur 813 Stimmen dafür abgegeben wurden, und fragt: „Wird man in Berlin eine Lehre aus dieser Thatsache ziehen?"

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 24. März. Die Landmarschälle der 13 Kronländer hielten hier eine Besprechung ab, in welcher sie sich über folgende Punkte einigten: Die regelmäßige Einberufung der Landtage zur Aufrechterhaltung einer geregelten Finanzwirthschaft ist dringend geboten; die Landtage sollen möglichst Anfangs Dezember zu einer sechs- bis siebenwöchentlichen Session einberufen werden; auf speziellen Wunsch des Landtags soll auch eine Landtagssession nach Ostern stattfinden können; jedem Landtage soll eine diese Punkte enthaltende Resolution zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Wien, 24. März. Der deutsche Hülfsverein hielt heute unter dem Vorsitz des baierischen Gesandten Grafen Bray-Steinburg seine Jahresversammlung ab, welcher u. A. der deutsche Botschafter Prinz Reuß, Fürst Lichnowsky, Prinz v. Ratibor und der sächsische Gesandte Graf Wallwitz beiwohnten. Der Jahresbericht hebt bedauernd hervor, daß es den Vereinen nur durch außerordentliche Einnahmen ermöglicht wurde, den jährlich steigenden Anforderungen nachzukommen. Die Versammlung genehmigt den Bericht und drückte dem König von Württemberg, sowie dem Prinzen Reuß und dessen Gemahlin ihren Dank für die Förderung der humanen Bestrebungen des Hülfsvereins aus.

Schweiz.

Bern, 23. März. Der Kaiser von Oesterreich läßt durch seinen Gesandten in Bern dem Bundesrath mittheilen, er sei mit dem besten Eindruck von seinem Aufenthalt in der Schweiz zurückgekehrt und aufs angenehmste von der sympathischen und taktvollen Haltung der Behörden und der Bevölkerung berührt worden.

Morgen wird W. C. Christophersen, bevollmächtigter Minister von Schweden-Norwegen, in besonderer Sendung bei der Eidgenossenschaft sein Beglaubigungsschreiben dem Bundespräsidenten überreichen.

Niederlande.

Die Niederlande können in den nächsten Tagen ein Jubiläum feiern: es wird nämlich 20 Jahre, daß sich Holland mit Atschin, dem „Pfefferlande" auf Sumatra, im Kriegszustande befindet. Trotz der unzähligen Menschenopfer ist es noch immer nicht gelungen, die höchstens 1/4 Million Atschinesen zu unterwerfen, im Gegentheil hat der fortwährende Systemwechsel in der Kriegsführung das Machtgefühl der freiheitliebenden Bevölkerung noch wesentlich gestärkt. Dabei haben die militärischen Unternehmungen schon 100 Millionen Gulden verschlungen, und böse Zungen behaupten, wie aus Rotterdam geschrieben wird, daß das Ziel eigentlich nur Verschleppung sei, um der mächtigen Haager Lieferantenklique zu ermöglichen, sich die Taschen noch weiter zu füllen.

Frankreich.

Bei der Bestattung Jules Ferrys in Saint-Dié konnte sich's einer der Redner, der General Tricoche, der Abgeordnete für Saint-Dié, nicht versagen, einen chauvinistischen Satz anzubringen. Mit einer Anspielung auf den letzten Willen Ferrys sagte er: „Ich hege die feste Hoffnung, daß ein Tag kommen wird, da Dein Herz überrascht und entzückt anstatt der Klage der Besiegten Sieges- und Triumphgesänge hören wird. An diesem Tage wird Deines Namens nicht vergessen werden!"

Paris, 24. März. Bei der Probewahl des Senatspräsidiums, welche die demokratische Linke des Senats vornahm, erhielt Magnin 12, Constans 6, Challemel-Lacour 3 Stimmen.

Dem Vernehmen nach soll die französische Gesandtschaft in Washington demnächst in eine Botschaft umgewandelt werden.

Die „Agence Havas" verbreitet die Mittheilung, daß der Ministerpräsident Ribot dem russischen Botschafter Baron Mohrenheim wegen des jüngsten Zwischenfalls in der Deputirtenkammer freundschaftliche Erklärungen abgegeben und daß Baron Mohrenheim sich für durchaus befriedigt erklärt habe.

Der Korrespondent des „Berliner Tageblatt", Brandes, ist auf Befehl des Ministers des Innern ausgewiesen worden.

Herr Ernest Carnot, der Sohn des Präsidenten der Republik, hat gestern im „Eclair" folgende Erklärung veröffentlicht:

„Ihr Blatt entlehnt einem deutschen Blatte eine gehässige Verleumdung über mich. Dieses Blatt insinuirt, daß ich im Jahre 1888 Empfänger eines Checks der Panama-Gesellschaft gewesen sei; da Sie sich zum Echo dieser infamen Lüge gemacht haben, so bitte ich, dies mein förmliches und absolutes Dementi wiederzugeben. Im Jahre 1888 war ich 21 Jahre alt; ich saß auf den Bänken der Bergwerksfachschule, aber in keinem Alter beschmutzt man seine Hände, wenn man den Namen Carnot trägt."

Rußland.

Petersburg, 22. März. Die Ermordung des Stadthaupts Alexejew von Moskau im Magistratsgebäude durch den Kleinbürger Andrianow nimmt augenblicklich das wesentlichste Interesse in Anspruch und hat alle Fragen der Politik zurückgedrängt. Ueber den Anlaß des Verbrechens und die Person des Mörders sind, wie gewöhnlich in solchen Fällen, Gerüchte aller Art in Umlauf gesetzt, von denen sich einstweilen noch nicht übersehen läßt, was wahr und falsch ist. Der gewaltsame Tod des Stadthauptes der zweiten, aber tonangebenden Hauptstadt des Reiches ist ein Ereigniß, das weit über das Weichbild des „vielthürmigen, weißsteinernen Mütterchens Moskau" hinausgeht, um so mehr, wenn man die Persönlichkeit Alexejew's in Betracht zieht. Was sich auch sonst gegen ihn anführen läßt, so steht jedenfalls fest, daß er ein kraftvoller, ungemein energischer Mann war, welcher bei der Verwaltung der Stadt sich zweifellose Verdienste erworben hat. Sein immenser Reichthum setzte ihn in die Lage, unabhängig dazustehen und von der nationalen Seuche der Russen — der Bestechlichkeit — unberührt zu bleiben. Sein Gehalt hat er stets unter seine niederen Büreaubeamten vertheilt, allerdings mit einer Ostentation, welche seiner bekannten Eitelkeit entsprach. Eine Menge neuer Kommunalbauten sind während Alexejews Amtszeit in Moskau zur Ausführung gekommen; ein neues Rathhaus wurde gebaut, die Schlachthäuser, das große Kaufhaus wurden umgebaut. Ferner hat er auf dem Gebiete des Sanitätswesens vieles geleistet. Zur Zeit der Cholera während des vorigen Sommers entwickelte Alexejew eine unermüdliche Thätigkeit, und seiner Energie und seinen Maßnahmen war es vor Allem zu danken, daß die Seuche nicht den Umfang in Moskau annahm, wie man es befürchtet hatte. In kurzer Zeit hatte Moskau damals thatsächlich ein anderes Aussehen gewonnen. Daß die Thatkraft Alexejews nicht selten mit Härte gepaart war und die Rohheit des halbgebildeten Russen gar oft an den Tag trat, soll hier ebenso wenig verschwiegen werden, wie seine ausgesprochen chauvinistisch-panslawistische politische Richtung. Wie sollte es aber auch anders mit dem Bürgermeister der Stadt bestellt sein, in welcher Katkow geboren wurde und wirkte, welche die Gebrüder Aksakow und Jürri Ssamarin erzeugt hat, und die schon im Gegensatz zu Petersburg immer den Sitz des Altrussenthums und aller derjenigen gebildet hat, welchen die Regierung in Petersburg zu liberal und zu westeuropäisch schien. Seiner panslawistischen Gesinnung gab Alexejew vor mehreren Jahren dem Zaren persönlich gegenüber offenen Ausdruck. Als Alexander III. auf der Rückreise vom Lande der donischen Kosacken, woselbst der Großfürst-Thronfolger als Hetman feierlichst vorgestellt worden war, Moskau passirte, wurde er vom Stadthaupte mit einer Ansprache begrüßt. Alexejew redete damals den „Selbstherrscher aller Reußen" nach altslawischer Art mit „Du" an und wies ihn darauf hin, wie das Sehnen Moskaus und ganz Rußlands darauf dringe, daß das griechische Kreuz wieder auf der Hagia Sofia in Konstantinopel erglänze. Aehnliches sprach damals auch der Metropolit von Moskau. Alexander III. hörte die Reden ruhig an, ohne etwas Bestimmtes zu erwidern. Mit dem gegenwärtigen Generalgouverneur von Moskau, dem Großfürsten Sergius, hatte Alexejew anfangs einen schweren Stand; schließlich blieb er aber Sieger. Der Großfürst war eines Tages durch den „Kitai-Gorod" (deutsch: Chinesenstadt), das Handelsviertel Moskaus, gefahren, und sein Wagen war genöthigt gewesen, einige Augenblicke wegen entgegenkommender Lastfuhrwerke zu halten. Der Prinz war hierüber sehr aufgebracht und befahl sofort, daß der „Kitai-Gorod" für Lastfuhrwerke geschlossen bleiben sollte. Als Alexejew Kenntniß hiervon erhielt, stellte er vergeblich dem Großfürsten die Unausführbarkeit seiner Anordnung vor; das Handelsinteresse Moskaus verlangte gebieterisch die Aufhebung des Befehls. Als nichts fruchtete, entschloß sich Alexejew, den Großfürsten beim Minister des Innern zu verklagen. Dadurch erfuhr der Zar von der Sache, was denn auch zur Folge hatte, daß der Streit zu Gunsten Alexejews entschieden wurde. Man sprach damals davon, daß die Stellung des Großfürsten als Generalgouverneur erschüttert sei. Als dann im Sommer 1891 die französische Flotte in Kronstadt gefeiert wurde, da war es Alexejew, auf dessen Einladung die französischen Offiziere die alte Zarenstadt besuchten. An all den Ovationen und Verbrüderungsfesten nahm das Stadthaupt den lebhaftesten Antheil; Alexejew bewirthete die Franzosen glänzend auf eigene Kosten und that alles Erdenkliche, um seiner Sympathie für Frankreich Ausdruck zu geben. Nicht zum geringsten Theile war es wohl auch dieser Chauvinismus, welcher Alexejew in den Augen der Moskowiter populär machte. Gerade am Tage des Attentats war seine Amtszeit abgelaufen, und es sollte zur Neuwahl des Stadthauptes geschritten werden. Es waltete kein Zweifel ob, daß man ihm das Amt wieder übertragen hätte, Alexejew kannte seine Moskowiter und verstand sie nach Gebühr zu behandeln, und sie selbst wünschten sich keinen anderen an ihre Spitze, wie ihn.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 25. März. In der gestrigen Generalversammlung der Pommerschen ökonomischen Gesellschaft, an welcher auch Herr Oberpräsident v. Puttkamer theilnahm, berichtete, nachdem ein Danktelegramm an den Kaiser für die huldvollen Worte am 22. Februar beschlossen war, zunächst Herr v. Knebel-Gersdorf über die Verhältnisse auf dem Berliner Zentral-Viehhofe und sprach die Versammlung ihr Einverständniß mit den Bestrebungen der Viehkommissare und Händler, die Markttage zu verlegen, und zwar so, daß an den Sonntagen nicht gearbeitet zu werden braucht, aus.

Herr v. Hertzberg-Lottin referirte über die ländliche Arbeiterfrage, derselbe schlägt als Mittel zur Erhaltung der Arbeiter vor: Verbesserung der Wohnungen, eine milde wohlwollende Behandlung seitens der Vorgesetzten, Bildung von ländlichen Konsumvereinen, um den Arbeitern die täglichen Lebensmittel billig zu verschaffen und sie nicht in wucherische Hände fallen zu lassen, Errichtung von Kuhkassen, Einführung von mehr Akkordarbeiten, bei denen der fleißige Arbeiter ein höheres Lohn verdient, als der faule; auch müsse man ihnen ein anständiges Vergnügen gewähren und das Lesen guter Zeitschriften erleichtern.

Der Korreferent, Herr v. Below, schlägt vor, eine Kommission zu wählen, welche die Arbeiterfrage weiter beräth.

Nach weiterer Debatte wurde auch demgemäß beschlossen und die Herren v. Hertzberg-Lottin, von Knebel-Döbritz-Gersdorf, Fließbach-Ladechow, Wendorff-Naulin und v. Below-Saleske mit dem Rechte der Koopation in die Kommission gewählt.

Demnächst kam die Frage: Welche Disziplinarmittel empfehlen sich zur Aufrechterhaltung der Autorität im Wirthschaftsbetriebe?

Dem Antrage des Referenten, Herrn Möcke-Mühlenkamp entsprechend, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Pommersche ökonomische Gesellschaft wolle bei der königlichen Staatsregierung einen dahin gehenden Antrag einbringen, daß gegen jugendliche Personen, hinsichtlich derer eine besondere Roheit der Gesinnung bei bestimmten Strafthaten festgestellt wird, seitens des Richters auf körperliche Züchtigung erkannt werden kann, und daß das Strafgesetzbuch für das deutsche Reich bei einer künftigen Revision in der angegebenen Richtung geändert werde."

Der Antrag wird ohne Diskussion angenommen.

Betreffs der baltischen Korn-Verkaufsgenossenschaft wurde mitgetheilt, daß diese bis zu ihrer nächsten Generalversammlung auf die Forderung einer Tonnen-Garantie-Zeichnung verzichten wolle und nur Beitrittserklärungen annehme.

Was die Revision des Alters- und Invalidengesetzes betrifft, so hält es die Versammlung für das Beste, wenn dasselbe ganz aufgehoben wird, sie nimmt folgende Resolution an:

„Die Pommersche ökonomische Gesellschaft erachtet die jetzige Form des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Januar 1889 für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unerträglich, das Markensystem ist nicht kontrollirbar, umständlich und ein steter Zankapfel zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. Die Arbeitslast und Verwaltung wird von Jahr zu Jahr größer, der Invaliditätsanspruch wird mit der Zeit sich beträchtlich erhöhen. Wir halten dafür, daß das Gesetz in seiner jetzigen Fassung die Ziele der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 nicht erreicht. Dem gemäß halten wir die gänzliche Umgestaltung desselben, unter unbedingtem Fortfall des Markensystems, jedenfalls aber eine Vereinfachung in der Form der Beitragsleistung auf der Basis einer um einen entsprechenden Prozentsatz zu erhöhenden und nach unten hin zu erweiternden Einkommensteuer für dringend geboten."

Zu dem nächsten Gegenstand der Tagesordnung: „Die Nothwendigkeit der Beseitigung des jetzigen Besteuerungsmodus des Spiritus und der Einführung des Rohspiritus-Monopols" gelangt auf Antrag des Referenten, Herrn v. Diest, folgende Resolution zur Annahme:

„Die Generalversammlung der Pommerschen ökonomischen Gesellschaft sieht in der Einführung des Rohspiritus-Monopols die einzige Abhülfe gegen die allseitig anerkannten Schäden und Nachtheile des jetzigen Spiritus-Besteuerungsmodus. Sie ersucht das Hauptdirektorium, auf Einbringung eines dahin gehenden Gesetzentwurfes seitens der königl. preußischen Regierung bei dem Bundesrath, bei dem Reichstage in genügender Weise hinwirken zu wollen."

Von einer Provinzialschau im Jahre 1894 soll Abstand genommen werden, auf eine Gesammtbeschickung der Ausstellung der deutschen Landwirthschafts-Gesellschaft in Berlin im Jahre 1894 Bedacht zu nehmen und den einzelnen Zweigvereinen Vorschläge darüber zu machen.

* Der Kreistag des Randower Kreises hielt heute hierselbst unter Vorsitz des Landrathes Herrn v. Manteuffel eine Sitzung ab. Zunächst wurde der für Grabow neugewählte Abgeordnete, Herr Kaufmann Pretzer, dessen Wahl für gültig erklärt ist, in die Versammlung eingeführt. Es folgte sodann die Vorlage der Rechnungen für die Kreis-Kommunal-Kasse, die Kreis-Sparkasse und die Kreis-Krankenkasse. Die letztere, welche in dem Bericht als ein Schmerzenskind des Kreises bezeichnet wird, hat erhebliche Zuschüsse erfordert, während die Abschlüsse der beiden anderen Kassen sich günstig gestalten und besonders die Sparkasse einen beträchtlichen Ueberschuß von 52 421,35 Mark an den Reservefonds abzuführen in der Lage war. Die Rechnungen fanden nach dem Vorschlage des Referenten Erledigung durch Ertheilung der Decharge. Die Wahl der Vertrauensmänner für die Ausschüsse der Amtsgerichte zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen wurde der Aufstellung des Vorsitzenden gemäß vollzogen, ebenso die Wahl eines Schiedsmanns für den 8. Landbezirk, als welcher Herr Ortsvorsteher Gollin, Brachhorst, gewählt wurde. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 284 390 Mark, derselbe fand in der vorgelegten Fassung die einstimmige Genehmigung des Kreistages. Ein Nachtrag zu dem Regulativ vom 29. Juni 1874 für die Erhebung der Provinzial- und Kreisabgaben im Randower Kreise wurde en bloc angenommen. Als letzten Gegenstand enthielt die Tagesordnung die Vorlage einer Petition des Bauerhofbesitzers Otto Bootz zu Glasow und Genossen betr. anderweite Ausführung der vom Kreistage am 21. Dezember 1889 beschlossenen Chausseestrecke von Grambow nach Storkow. Da die betreffenden Beschlüsse des Kreistages bereits die erforderliche Bestätigung erhalten haben, wurde die Petition durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

* Der konservative Provinzialverband von Pommern hielt gestern Abend im Hotel de Prusse eine Generalversammlung ab, welche folgende Resolution annahm: Wir sehen in der Verstärkung unserer Armee die zuverlässigste Bürgschaft des Friedens. In dieser Erkenntniß wollen wir die vielfach gegen die Vorlage des Bundesraths geltend gemachten Bedenken zurückstellen, wenn die von den verbündeten Regierungen verlangte numerische Verstärkung der Armee aufrecht erhalten wird. Wir erwarten von unseren Abgeordneten im Reichstage die Vertretung dieses unseres Standpunktes. Auf der Tagesordnung stand die Berathung des neuen konservativen Programms, worüber Herr Oberst a. D. v. Saldern-Brallenthin referirte. Dasselbe fand einstimmige Annahme.

— Seitens des Grabower Hausbesitzervereins ist eine mit 226 Unterschriften versehene Petition an das Abgeordnetenhaus abgesandt, in der um eine andere Vertheilung der Kommunalsteuern, als sie der neue Kommunal-Steuergesetztarif in Aussicht genommen hat, gebeten wird. Eine ähnliche Petition ist auch von dem Hausbesitzer-Verein von Unter-Bredow gleichfalls an das Haus der Abgeordneten abgesandt.

— Mit Rücksicht auf den bevorstehenden Osterfest-Verkehr wird am 1. und 2. April d. J. im Anschluß an den von Berlin um 9 Uhr 1 Minute Vormittags und an den um 10 Uhr 54 Minuten Vormittags von Stettin abgehenden Personenzug zur schnelleren Beförderung der Reisenden von Ducherow ab ein Bedarfs-Personenzug um 1 Uhr 2 Minuten Nachmittags bis Swinemünde eingelegt werden. Auf den Haltepunkten Carnin, Stolpe und Cutzow wird nach Bedarf gehalten. Personenbeförderung findet in allen vier Wagenklassen statt.

— Wir wollen nicht unterlassen unsere Leserinnen auf eine Ausstellung aufmerksam zu machen, welche heute Vormittag in der Turnhalle an der Bellevuestraße eröffnet ist und welche das Interesse der Frauenwelt in hohem Grade verdient. Es handelt sich um die Ausstellung von Handarbeiten der Schülerinnen der hiesigen Volksschulen. Kunstwerke dürfen unsere Leserinnen daselbst freilich nicht erwarten, denn die Volksschule hat nicht den Zweck, ihre Schülerinnen für Kunstarbeiten heranzubilden, vielmehr soll auch im Handarbeitsunterricht die Volksschule eine praktische Vorbildung für das spätere Leben sein und die Schülerinnen sollen sich die Kenntnisse erwerben, welche ihnen später in Haus und Familie von Nutzen sein können. Und was darin die Ausstellung bietet, ist in jeder Weise anerkennenswerth und legt für die hier gebräuchliche Lehrmethode das beste Zeugniß ab. In den unteren Klassen wird natürlich als nothwendigste weibliche Handarbeit das Stricken gelernt und bietet die Ausstellung dieser Klassen die verschiedensten Arbeiten auf diesem Gebiet vom „Waschlappen" bis zum fertigen Strumpf; fast durchweg sind aber auch diese Arbeiten der Kleinsten recht sauber ausgeführt, so versicherten uns wenigstens einige Damen, welche uns auf unseren Gange durch die Ausstellung als kompetente Sachverständige begleiteten. In der nächsten Klasse wird dann das Stopfen und Ausbessern gelernt, welches später die nothwendigste Beschäftigung der Hausfrau bilden muß und daher schon in der Jugend geübt sein will. Unter den ausgestellten Arbeiten findet man auf diesem Gebiet ganz vorzügliche Leistungen, die den Lehrerinnen eben so viel Ehre machen als den kleinen Schülerinnen. Der Handarbeitsunterricht in der obersten Klasse wird dann auf Zuschneiden und Anfertigen von Mannes- und Frauenhemden ausgedehnt, damit die Kinder die Kenntniß erwerben, im späteren Alter die nothwendigsten Wäschestücke selbst anzufertigen. Daneben fehlen aber feinere Arbeiten nicht, auch in den Volksschulen wird die Häkelnadel fleißig gehandhabt, davon zeugen eine ganze Reihe von Häkeltücher in den verschiedensten Mustern und in saubersten Ausführung. Weiter fanden die ausgelegten Sticktücher den vollen Beifall unserer Begleiterinnen. Jedenfalls gewährt die Ausstellung, welche noch Sonntag und Montag geöffnet bleibt, ein erfreuliches Bild von den Leistun-

gen in weiblichen Handarbeiten der Schülerinnen unserer Volksschulen.

— Dem Landwirth Julian Klix zu Stettin ist von der königlichen Regierung die Konzession zur Leitung seiner Lehranstalt für landwirthschaftliche Buch- und Geschäftsführung zu Stettin ertheilt worden.

* Heute früh fand der Wächter in der Mönchenstraße auf einem Hausflur die 7 und 9 Jahre alten Knaben Paul und Otto Matje obdachlos auf. Dieselben wurden dem Kinderpensionat übergeben.

— Ist beim Engagement eines Handlungsgehülfen zwischen diesem und dem Prinzipal vereinbart, daß der Handlungsgehülfe sich verpflichtet, innerhalb einer bestimmten Zeit sein Stellung nicht zu kündigen und falls er, gleichviel aus welchem Grunde, abgeht, eine Konventionalstrafe zu zahlen, so ist, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, I. Zivilsenats, vom 20. November 1892, diese Konventionalstrafe von dem Handlungsgehülfen zu zahlen, sowohl wenn er eigenmächtig abgeht, als auch wenn er arglistig oder grob fahrlässig den Prinzipal nöthigt, ihn zu entlassen; fortgesetzte Unpünktlichkeit beim Einhalten der Geschäftsstunden seitens des Handlungsgehülfen wird ohne weiteres nicht als eine Nöthigung zur Entlassung zu erachten sein.

— Die Beleuchtungsvorrichtung des Leuchtschiffes „Kaiserfahrt" ist abgeändert und ist die Einrichtung nunmehr folgende: 1. Das Schiff führt Nachts, d. h. von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang, in einem horizontalen Ringe am Mast 10 m hoch über dem Wassenspiegel, je auf ⅓ des Umfangs vertheilt, 3 Laternen, die zusammen ein festes weißes rundum leuchtendes Licht abgeben, das bei klarer Luft und einer Augenhöhe von 3 m über dem Wasserspiegel 10 Seemeilen Sichtweite hat. 2. Das Schiff ist roth gestrichen. Es zeigt als Tagesmarke am Mast 12,5 m hoch über dem Wasserspiegel eine rothe Kugel von 1,5 m Durchmesser und zu beiden Seiten auf dem Schanzkleide in weißer Schrift die Bezeichnung „Kaiserfahrt". Ebenso hat die Beleuchtungsvorrichtung des Leuchtschiffes „Woitzig" eine Aenderung erfahren und hat nunmehr folgende Einrichtung: 1. Das Schiff führt Nachts, d. h. von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang, zu beiden Seiten des Mastes je 2 Topplaternen mit weißem Lichte in einem Abstande von 3 m übereinander; die beiden oberen Lichte stehen 9,6 m, die beiden unteren Lichte 6,6 m über dem Wasserspiegel. 2. Das Schiff ist roth gestrichen. Es zeigt von der Mastspitze am Tage eine rothe Flagge und zu beiden Seiten auf dem Schanzkleide in weißer Schrift die Bezeichnung „Woitzig".

— Der Arbeitsbursche Karl Gerhardt zu Gartz a. O. hat am 25. Februar d. J. den 11jährigen Knaben Fritz Eyber, welcher auf dem Eise der überschwemmten Oderwiesen eingebrochen war, mit eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet. Diese menschenfreundliche That wird seitens des Herrn Regierungs-Präsidenten mit dem Hinzufügen zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß dem Retter eine Geldprämie bewilligt worden ist.

— (Personal-Chronik.) Im Landschafts-Departement Stargard ist der bisherige landschaftliche Hülfs-Deputirte Rittergutsbesitzer von Bonin auf Schönwerder A zum Landschafts-Deputirten für den Pyritzer Kreis gewählt worden. — Der bisherige Katasterlandmesser Krähahn hierselbst ist vom 1. April d. J. ab widerruflich zum Kataster-Assistenten bei der hiesigen königlichen Regierung bestellt worden. — Der Schiffsführer Schulte zu Swinemünde ist vom 1. April d. J. ab als königlicher Seelootse zu Swinemünde angestellt worden. — Im Kreise Kammin i. Pom. ist für den Standesamtsbezirk Hagen der Gemeindevorsteher Radloff in Gaulitz zum Stellvertreter des Standesbeamten ernannt. — Der Oberlehrer Dr. Holsten ist im Interesse des Dienstes von dem königlichen Pädagogium zu Putbus an das königliche Gymnasium zu Dramburg versetzt worden. — An dem königlichen Pädagogium zu Putbus ist der bisherige wissenschaftliche Hülfslehrer am Marienstifts-Gymnasium zu Stettin Johannes Retzlaff als Oberlehrer angestellt. — An dem königlichen Gymnasium zu Demmin ist der bisherige wissenschaftliche Hülfslehrer August Kurz als Oberlehrer angestellt.

— (Personal-Veränderungen im Bezirk der kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Stettin.) Versetzt sind: der Postassistent Pfahl von Graudenz nach Stettin und der Postverwalter Wenzel von Usch nach Treptow (Rega), der letztere unter gleichzeitiger Ernennung zum Postassistenten. — Gestorben ist: der Postverwalter Schwandt in Wangerin.

— (Personal-Veränderungen im Bezirk der königlichen General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.) Der Spezialkommissions-Sekretär Koppe in Verden ist in gleicher Amtseigenschaft an die Sezialkommission III zu Stettin versetzt.

Eingesandt.

Von Herrn Vorschullehrer Supply erhalten wir folgende Zuschrift:

Geehrte Redaktion!

In Nummer 131 Ihrer Zeitung vom 18. d. Mts. ist aus einer den Stadtverordneten zugegangenen gedruckten Magistratsvorlage betreffend die Erhöhung der Gehälter der Direktoren, Lehrer und Lehrerinnen sowie der Schuldiener der sämmtlichen städtischen Schulen leider folgende, meine Person betreffende Bemerkung aufgenommen worden und so in die Oeffentlichkeit gelangt:

„Die Vorschullehrer bleiben mit den Mittelschullehrern — wie bisher — gleichgestellt, mit Ausnahme des Lehrers Supply, welcher das Gehalt als Volksschullehrer und 150 Mark Zulegung bis zur Ablegung der von ihm verlangten Mittelschullehrerprüfung bezieht."

Diese Veröffentlichung muß in den Augen der Leser den Anschein erwecken, als wäre ich von den Vorschullehrern der drei städtischen Gymnasien der einzige, welcher die Mittelschullehrerprüfung nicht abgelegt hat. Dies ist nicht der Fall. Von den 13 Vorschullehrern der genannten Anstalten haben nur 3 die Mittelschullehrerprüfung abgelegt; die übrigen 10 haben die für Volksschullehrer vorgeschriebenen beiden Staatsprüfungen, ich selbst noch außerdem im Jahre 1876 in der Geographie und im Jahre 1879 im Deutschen die Prüfung für Mittelschulen bestanden. Ferner habe ich im Jahre 1888 auf eigene Kosten und unter Bezahlung eines Vertreters, nicht, wie dies anderwärts üblich ist, auf Kosten der Stadt, die königliche Turnlehrerbildungsanstalt in Berlin besucht und die Befähigung zur Ertheilung des Turnunterrichts für alle Klassen höherer Lehranstalten erworben. Dadurch, daß ich im Verein mit den Herren Dr. Rühl und Reimer hiesige städtische Lehrer Jahre lang gratis in großer Zahl durch Vorträge und Vorturnen zur Erwerbung der Turnfakultas ausgebildet habe, sind der Stadt Stettin große Kosten erspart worden, die sie sonst, wie andere Kommunen, für die Ausbildung ihrer Lehrer im Turnunterricht hätte tragen müssen. Ein Wort der Anerkennung für diese freiwilligen Opfer an Zeit und Kraft habe ich niemals erhalten. Endlich möchte ich noch erwähnen, daß ich während meiner Ausbildung an der königlichen Turnlehrerbildungsanstalt in Berlin meine freie Zeit darauf verwandt habe, um mich an der großen „Berliner Handwerkerschule" in einem im Auftrage des königlichen Ministeriums der geistlichen pp. Angelegenheiten abgehaltenen Zeichenkursus im gewerblichen Zeichnen, namentlich im Körperzeichnen, auszubilden, und daß ich darüber ein Zeugniß in Händen habe.

Zu diesen meine Person betreffenden Angaben sehe ich mich genöthigt, weil es nach Ihrer der genannten Magistratsvorlage entnommenen Bemerkung leicht scheinen könnte, als ob ich hinter den übrigen hiesigen Vorschullehrern an Qualifikation zurückstände. Ich füge noch die Bemerkung hinzu, daß von sämmtlichen Vorschullehrern der beiden hiesigen königlichen Gymnasien kein einziger die Mittelschullehrerprüfung abgelegt hat, weil dies von der königlichen Behörde zur Bekleidung einer Vorschullehrerstelle überhaupt nicht gefordert wird.

Was ferner die in Ihrer Zeitung berührte Ablegung der von mir verlangten Mittelschullehrerprüfung betrifft, so verhält es sich damit folgendermaßen:

Im Herbst 1884, als ich durch den Herrn Minister einen Ruf an das Seminar zu Königsberg i. N. erhielt, wählte mich der Stettiner Magistrat zum Vorschullehrer an der hiesigen Friedrich-Wilhelmsschule. Diese Stellung war für mich u. A. deshalb besonders vortheilhaft, weil ich damit zugleich Mitglied der sehr leistungsfähigen Wittwenkasse dieser Anstalt wurde. Dieselbe vermochte bei geringen Beiträgen der einzelnen Wittwe eine jährliche Pension von 800 bis 400 Mark zu zahlen, was für mich gerade deshalb ins Gewicht fiel, weil meine Frau event. als Wittwe gesetzlich überhaupt nur 250 Mark an jährlicher Pension erhalten konnte. Der Magistrat verlangte von mir die Ablegung der Mittelschullehrerprüfung, und in der Meinung, daß derselbe zu dieser Forderung berechtigt sei, übernahm ich eine dahin lautende Verpflichtung. Bevor ich jedoch die neue Stellung antrat, änderte der Magistrat seine Zusage, indem er mich, ohne daß er vorher mit mir verhandelt hatte, ohne Weiteres an die Vorschule des jetzigen Schiller-Realgymnasiums versetzte. Durch diese Versetzung gingen mir die Vortheile der oben erwähnten Wittwenkasse verloren; ich wurde also in meiner Stellung wesentlich verschlechtert. Die Verpflichtung, die Mittelschullehrer-Prüfung ablegen zu wollen, hatte ich nur für die Wahl zum Vorschullehrer der Friedrich-Wilhelmsschule übernommen, nicht aber für die weit unvortheilhaftere Stellung als Vorschullehrer des Schiller-Real-Gymnasiums; ich war deshalb nach dem Vorgehen des Magistrats an mein Versprechen auch nicht mehr gebunden. Inzwischen hatte ich erfahren, daß der Magistrat gar nicht berechtigt sei, von einem Vorschullehrer die Ablegung der Mittelschullehrerprüfung zu fordern. Dies wurde auch bestätigt durch meine Vokation; sie enthielt nichts von dieser Verpflichtung. Als ich nun zur Ablegung der Mittelschullehrerprüfung aufgefordert wurde, ersuchte ich den Magistrat in einem Schreiben um Aufnahme dieser Forderung in meine Vokation, um festzustellen, ob meine vorgesetzte Behörde, das königliche Provinzialschulkollegium, welches meine Vokation zu genehmigen hatte, das an mich gestellte Verlangen zur Ablegung der Mittelschullehrerprüfung billigen würde. Dieser mein Antrag wurde abgelehnt, weil die Vokation mit einer derartigen Bedingung vom Provinzial-Schulkollegium nicht genehmigt werden würde. Trotz dieser Ablehnung suchte man mich nun ohne Vorwissen des Provinzial-Schulkollegiums zur Ablegung des betreffenden Examens durch allerlei Erinnerungen zu zwingen, was ich schließlich trotz meiner früher gezeigten Geneigtheit zurückweisen mußte. Bei einer mündlichen Verhandlung mit dem damaligen königlichen Provinzialschulrath, Herrn Geheimrath Dr. Wehrmann, erklärte derselbe: „Von einer Verpflichtung Ihrerseits zur Ablegung der Mittelschullehrerprüfung ist uns nichts bekannt; über Ihre Qualifikation zum Vorschullehrer hat nicht der Magistrat, sondern das Provinzialschulkollegium zu entscheiden." Da also der Magistrat mir ohne meine Zustimmung den Vortheil der Wittwenkasse der Friedrich-Wilhelms-Schule durch Versetzung genommen hat, da ferner der Magistrat auch nicht berechtigt war, die Ablegung der Mittelschullehrer-Prüfung von mir zu verlangen, da letztere für meine Stellung als Vorschullehrer auch ganz unnöthig war, was ja die oben erwähnte Thatsache beweist, daß an den städtischen Vorschulen eine verschwindend kleine Zahl und an den königlichen kein einziger Vorschullehrer die Mittelschullehrer-Prüfung abgelegt hat; da ferner meine Kraft als Vorschullehrer sowie als Turnlehrer am Schiller-Realgymnasium, in der Töchtergewerbeschule und im hiesigen Turnlehrer-Verein reichlich in Anspruch genommen war, so konnte ich in der That keinen Antrieb mehr verspüren, an eine für meine Berufsstellung gänzlich überflüssige Sache meine kostbare Zeit zu verschwenden. In dem richterlichen Erkenntniß des hiesigen königlichen Oberlandesgerichts vom 27. Mai 1890 (J.-Nr.: U. 492/88), welches in Folge eines von mir gegen die Stadtgemeinde in Gehaltsangelegenheiten angestrengten Prozesses ergangen ist, heißt es Seite 8 wörtlich, daß auch die Stadtgemeinde „der Ansicht ist, daß das Versprechen des Klägers, die Mittelschullehrer-Prüfung abzulegen, denselben nicht binde". Auf Seite 12 desselben Erkenntnisses fügt der Richter die Entscheidung hinzu, daß „außer Zweifel steht, daß auch ein der Beklagten gegenüber vom Kläger abgegebenes Versprechen den Kläger nicht verpflichten würde, die Prüfung wirklich abzulegen."

Soviel zur Richtigstellung der aus Ihrer Veröffentlichung mehrfach entstandenen unrichtigen Beurtheilung der Sachlage.

Hochachtungsvoll ergebenst
K. Supply.

Kunst und Literatur.

Von dem ausgezeichneten Lexikon **Muret, encyklopädisches Wörterbuch der englischen und deutschen Sprache,** Berlin bei Langenscheidt (Seitenstück zu Sachs Villatte), ist soeben die 7. Lieferung (à 1,50 Mark) erschienen. Jedem, der ein ausgezeichnetes englisch-deutsches Lexikon zu haben wünscht, ist dies Lexikon als das beste zu empfehlen. [27]

Felix Dahn, Gedichte. Fünfte Sammlung. Vaterland. Leipzig, Breitkopf u. Härtel. Preis 2 Mark. Ein herrliches Buch, von Begeisterung diktirt und zur Begeisterung aufrufend, voll inniger Vaterlandsliebe und Verehrung für unser Herrscherhaus, dem wir die Einigkeit und Größe Preußens verdanken. Für die Jugend und für alle Patrioten ein treffliches Buch. [10]

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 25. März. Eine Bluthat ist Donnerstag Abend gegen 8½ Uhr in der Herberge zur Heimath, Oranienstraße 105, verübt worden. Dort war vorgestern der zwanzigjährige Schlosser Rudolf Broschat eingekehrt. Da er ein unverträgliches Leben zeigte, hatte der Hausvater sich vorgenommen, dem Störenfried das Haus zu verbieten. Gegen 8 Uhr fing B. wieder Händel an und forderte seine Widersacher zu einem Faustkampfe auf dem Hofe auf. Als er nach Beendigung der Prügelei in den Speisesaal zurücktrat, wies der Wirth ihn aus demselben. Da Broschat diesem Gebote nicht nachkam, so wurde der Hausdiener Wiemer beauftragt, ihn hinauszubringen. Broschat ging nun freiwillig, drohte aber: „Dem Jungen werde ich es besorgen; Ihr werdet noch von mir hören." Er stellte sich an der von dem Saal nach dem Hofe führenden Thür mit gezücktem Messer auf und stürzte sich auf den bald dort erscheinenden Wiemer mit dem Ausruf: „Wo ist Dein Herz, Du Hund?" Er stieß das Messer bis zum Heft in die Brust. Wiemer brach blutüberströmt zusammen und mußte nach dem Krankenhause Bethanien gebracht werden. Broschat hatte die ob seiner That entstandene Verwirrung zur Flucht benutzt und lief dem Moritzplatz zu. Als er seiner Ergreifung nicht mehr entgehen konnte, warf er sich zur Erde, um den wilden Mann zu spielen. Hierbei schlug er mit dem Kopfe derart auf das Steinpflaster, daß er sich eine Gehirnerschütterung zuzog und der Charitee zugeführt werden mußte.

— In Wernigerode ist an einen Hotelbesitzer von dem Landrath ein Fragebogen gerichtet worden, welcher nicht nur verlangt, den gesammten jährlichen Geschäftsumsatz, die Betriebs- und Anschaffungskosten im Einzelnen mitzutheilen, sondern auch noch folgende Spezialfragen enthält: 1) Wie hoch beläuft sich der jährliche Verdienst an warmen und kalten Speisen inkl. Kaffee durchschnittlich? 2) Wie viel setzen Sie jährlich um an Spirituosen (Likören, Rum, Schnaps, Grog &c.), Thee, Chokolade, Sauerbrunnen, Selterswasser und dergl.? 3) Wie viel desgl. an Weinen (Roth- und Weißwein, Sekt)? 4) Wie hoch rechnen Sie Ihren Verdienst zu Frage 2? 5) Wie hoch zu Frage 3? 6) Wie viel Bier wird jährlich umgesetzt (in Hektolitern anzugeben) und zwar a. helles, b. echtes (dunkles &c.)? 7) Wie hoch berechnen Sie den Verdienst am Hektoliter (für jede Sorte besonders)? 8) Wie viel Logirgäste haben Sie im Jahre durchschnittlich? 9) Das Logis kostet, exkl. Kaffee, durchschnittlich wie viel, und den Verdienst schätzen Sie auf ein Jahr wie hoch? 10) Wie viel Tausend Zigarren werden in Ihrem Betriebe jährlich verkauft? 11) Wie hoch berechnen Sie Ihren Verdienst pro Mille? 12) Wie viel verdienen Sie jährlich durch den bezw. die aufgestellten Automaten inkl. Waagen?

— Anläßlich der verheerenden Feuersbrunst in dem reichen und prachtvollen Schlosse Vallö auf Seeland, das auch vielen Deutschen bekannt sein wird, dürften, wie aus Nordschleswig geschrieben wird, einige Mittheilungen über den Prachtbau und die Katastrophe von Interesse sein. Das Schloß war in alten Zeiten ein Rittergut und wurde von König Friedrich IV. (1699 bis 1730) angekauft. Die dänische Königin Sophie Magdalena machte 1738 den Besitz zu einer Stiftung für unverheirathete adelige Damen; doch erhalten auch Hinterbliebene von Beamten aus der Stiftung ansehnliche Pensionen. Die Stiftung besaß Ende der 80er Jahre ein Vermögen von rund 10 Millionen Mark. Bei der Katastrophe war das Schloß von 10 adeligen Fräuleins bewohnt, dieselben gehören den höchsten Adelsfamilien Dänemarks an und besitzen auch in Deutschland Anverwandte; es wohnen dort u. A. die Komtessen A. v. Moltke, v. Bernstorff, v. Schmettau. Wie dänische Blätter melden, hätten mehrere fast den Flammentod erlitten. Das Feuer brach im Gemache des Fräuleins v. Scholten aus, die durch Unachtsamkeit die Gardine Abends in Brand steckte. Als der Hausmeister in Folge der Angstrufe der Dame ins Zimmer stürzte, stand dasselbe schon in hellen Flammen; mit Blitzesschnelle verbreitete sich das Feuer über den mächtigen Bau. Der Schloßverwalter weckte eiligst die Damen; die Komtesse v. Bernstorff und das Fräulein Schmettau entrannen dem Feuermeer erst im letzten Augenblick. Fräulein v. Tillisch erlitt schwere Brandwunden. Die Komtesse v. Moltke und ihre beiden Kammerjungfern wurden nur durch die Geistesgegenwart des Arztes Dr. Forchhammer gerettet. Die Damen waren in ihren Gemächern von den züngelnden Flammen sehr bedroht; nur die Fenster waren frei. Dr. F. hörte das Angstgeschrei der Komtesse und ihrer Zofen, erstieg eine Leiter und zog die Komtesse, die nur mit einem Hemde und einem Pelzkragen bekleidet war, aus dem Fenster; dann rettete er die eine Kammerjungfer, während der zu Hülfe eilende Diener, als er die andere retten wollte, mit seiner Leiter hinabstürzte. Retter und Gerettete wurden nicht unerheblich verletzt. Die werthvolle Bibliothek, ca. 20 000 Bände, wurde vom Feuer verzehrt; dagegen gelang es, die kostbaren Gemälde und die Ausstattung des prachtvollen Königszimmers zu retten. Das Schloß ist völlig niedergebrannt.

— Aus Anlaß der Beschwerde mehrerer Wiener Volksschullehrerinnen kam, wie man aus Wien schreibt, der Verwaltungsgerichtshof vor einigen Tagen in die Lage, darüber zu entscheiden, ob auch solche Lehrerinnen Anspruch auf die gesetzlich normirte Pension haben, welche auf Grund ihrer günstigen Vermögensverhältnisse einer Pension eigentlich entbehren könnten. Unter den Beschwerdeführenden befand sich auch eine Lehrerin, die ein Vermögen von mehr als einer Million Gulden und ein Haus besitzt; sie war nämlich Wittwe eines Privatiers, der sie zur Erbin seines gesammten Vermögens eingesetzt hatte. Diese Dame oblag dem schwierigen Amte einer Jugendbildnerin, zuletzt in einem kleinen Orte des Kronlandes Oberösterreich. Als sie nach zwanzigjähriger Thätigkeit als öffentliche Volksschullehrerin im Oktober vorigen Jahres um ihre Pensionirung ansuchte, wurde ihr die Zahlung der Pensionsbezüge mit der Begründung verweigert, daß sie einer Pension nicht bedürfe, „indem sie ein zum anständigen Lebensunterhalte mehr als hinreichendes Vermögen besitze". Die Lehrerin rekurrirte gegen diese Entscheidung ohne Erfolg durch alle Instanzen und machte schließlich in einer Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof geltend, daß es ihr nicht um den materiellen Vortheil, sondern nur um Feststellung eines wichtigen Prinzips zu thun sei. Sie habe als Lehrerin ihre Pflicht erfüllt, und es sei deshalb nicht einzusehen, weshalb sie einer Pension nicht ebenso theilhaftig werden solle, wie alle anderen Lehrerinnen. Nach dem Geiste des Volksschulgesetzes sei die Pension jedem Lehrer und jeder Lehrerin zu bezahlen; das Gesetz spreche nicht von armen und reichen Lehrern, sondern nur von Lehrern überhaupt. Der Verwaltungsgerichtshof gab der Beschwerde Folge und erkannte, daß der beschwerdeführenden Lehrerin eine Pension in dem gesetzlich bestimmten Maße auszufolgen sei.

Börsen-Berichte.

Stettin, 25. März. Wetter: Schön. Temperatur + 5 Grad Reaumur, Nachts — 2 Grad Reaumur. Barometer 778 Millimeter. Wind: ONO.

Weizen unverändert, per 1000 Kilogramm loko 144,00—147,50 bez., per April-Mai 149,50 B., u. G., per Mai-Juni 150,50 G., per Juni-Juli 152,00 bez.

Roggen wenig verändert, per 1000 Kilogramm loko 122,00—125,00 bez., per April-Mai 126,50—127,50—127,00 bez., per Mai-Juni 128,50—129,00 bez., per Juni-Juli 130,50 bis 131,00 bez., per September-Oktober 134,50 G.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher 135—140.

Gerste ohne Handel.

Spiritus behauptet, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 34,4 bez., per März 70er 33,0 nom., per April-Mai 70er 33,2 nom., per August-September 70er 35,0 nom.

Rüböl ohne Handel.

Petroleum ohne Handel.

Regulirungspreise: Weizen —,—, Roggen —,—, 70er Spiritus 33,0.

Angemeldet: Nichts.

Landmarkt.

Weizen 144—146. Roggen 123 bis 125. Gerste 134—138. Hafer 140—145. Rübsen —,—. Heu 2,50—3,00. Stroh 25—28. — Kartoffeln 33—36.

Paris, 24. März, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Träge.

		Kours v. 23.
3% amortisirb. Rente	98,35	98,35
3% Rente	97,27½	97,32½
Italienische 5% Rente	93,05	93,32½
4% ungar. Goldrente	97,00	97,00
III. Orient	70,60	70,70
4% Russen de 1889	99,20	99,00
4% unifiz. Egypter	101,50	101,45
4% Spanier äußere Anleihe	65,87	65,87
Convert. Türken	21,92½	22,00
Türkische Loose	93,00	93,75
4% privil. Türk.-Obligationen	442,00	440,00
Franzosen	662,50	665,00
Lombarden	258,75	260,00
Banque ottomane	589,00	592,00
„ de Paris	662,00	661,00
„ d'escompte	148,00	150,00
Credit foncier	985,00	988,00
„ mobilier	147,00	147,00
Meridional-Aktien	646,00	652,00
Rio Tinto-Aktien	388,10	388,10
Suezkanal-Aktien	2616,00	2620,00
Credit Lyonnais	773,00	773,00
B. de France	39,15	—,—
Tabacs Ottom.	373,00	375,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122⁷/₁₆	122⁷/₁₆
Wechsel auf London kurz	25,14	25,14½
Cheque auf London	25,15½	25,16
Wechsel Amsterdam k.	205,75	205,75
„ Wien k.	205,12	205,12
„ Madrid k.	432,00	427,75
Comptoir d'Escompte, neue	500 00	500,00
Robinson-Aktien	102,10	102,50
Portugiesen	22,43	22,53
3% Russen	79,20	79,10
Privatdiskont	2⅛	2

Posen, 24. März. Spiritus loko ohne Faß 50er 52,10, do. 70er 32,50. — Ruhig. — Wetter: Schön.

Hamburg, 24. März, Nachmittags 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 83,50, per Mai 81,50, per September 80,50, per Dezember 79,50. — Ruhig.

Hamburg, 24. März, Nachmittags 3 Uhr. Zuckermarkt. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg per März 15,20, per Mai 15,37½, per September 15,07½, per Dezember 13,40. — Fest.

Bremen, 24. März. (Börsen-Schluß-Bericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Still. Loko 5,15 B. Baumwolle schwach.

Wien, 24. März. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 7,60 G., 7,63 B., per Herbst 7,60 G., 7,63 B. Roggen per Frühjahr 6,52 G., 6,55 B., per Mai-Juni —,— G., —,— B. Mais per Mai-Juni 4,90 G., 4,93 B. Hafer per Frühjahr 5,97 G., 6,00 B.

Pest, 24. März, Vorm. 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen loko fest, per Frühjahr 7,48 G., 7,50 B., per Herbst 7,43 G., 7,45 B. Hafer per Frühjahr 5,59 G., 5,61 B. Mais per Mai-Juni 4,58 G., 4,60 B. Kohlraps per August-September 11,95 G., 12,00 B.

Amsterdam, 24. März. Java-Kaffee good ordinary 54,50.

Amsterdam, 24. März. Bancazinn 56,75.

Amsterdam, 24. März, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen auf Termine träge, per März —, per Mai 170. Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine flau, per März 130, per Mai 126. Rüböl loko 25,75, per Mai 25,25, per Herbst 25,50.

Antwerpen, 24. März, Nachm. 2 Uhr 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12⅝ bez. u. B., per März —,— bez., 12⅝ B., per April-Mai 12⅝ B., per September-Dezember —,— bez., 12⅞ B. Fest.

Antwerpen, 24. März. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen ruhig. Hafer behauptet. Gerste ruhig.

Paris, 24. März, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) fest, 88 % loko 40,50. Weißer Zucker behauptet Nr. 3 per 100 Kilogramm per März 43,50, per April 43,75, per Mai-August 44,25, per Oktober-Dezember 37,37½.

Paris, 24. März. Getreidemarkt. (Anfangs-Bericht.) Weizen beh., März 20,60, April 20,70, Mai-Juni 21,10, Mai-August 21,20. Roggen ruhig, März 13,70, Mai-August 14,10. Mehl beh., per März 46,20, per April 46,40, per Mai-Juni 46,90, per Mai-August 47,10. Rüböl weichend, per März 56,50, per April 57,00, per Mai-August 58,50, per September-Dezember 59,25. Spiritus fest, per März 50,50, per April 50,50, per Mai-August 49,50, per September-Dezember 44,50.

Paris, 24. März, Nachmittags. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen weich., per März 20,50, per April 20,60, per Mai-Juni 20,90, per Mai-August 21,10. Roggen träge, per März 13,70, per Mai-August 14,10. Mehl weich., per März 46,00, per April 46,10, per Mai-Juni 46,70, per Mai-August 46,90. Rüböl fest, per März 57,00, per April 57,50, per Mai-August 58,75, per September-Dezember 59,50. Spiritus fest, per März 50,70, per April 50,50, per Mai-August 49,50, per September-Dezember 44,50. — Wetter: Schön.

Havre, 24. März, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per März 105,75, per Mai 102,25, per September 100,75. Ruhig.

London, 24. März. 96 prozent. Javazucker loko 16,62, fest. Rübenrohzucker loko 15,00, fest. Centrifugalzucker —.

London, 24. März. Chili-Kupfer 45,50, per drei Monat 45¹⁵/₁₆.

London, 24. März, 4 Uhr 20 Minuten Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen geschäftslos, Preise nominell, fremder Weizen flau, Mehl ruhig, Preise unverändert, Mais ruhig aber stetig. Angekommenes und schwimmendes Getreide ruhig aber stetig.

Fremde Zufuhren: Weizen 6770, Gerste 20,480, Hafer 52,120 Quarters.

Liverpool, 24. März. Getreidemarkt. Weizen ½ d. niedriger, Mehl ruhig, Mais ½ d. höher. — Wetter: Schön.

Glasgow, 24. März, Nachm. Roheisen. (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 40 Sh. 9 d.

Newyork, 24. März. (Anfangskourse.) Petroleum. Pipe line certificates per April —,—. Weizen per Mai 76,50.

Wasserstand.

Stettin, 25. März. Im Hafen 3 Fuß 4 Zoll; Wassertiefe im Revier 17 Fuß 10 Zoll = 5,60 Meter.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 25. März. Manlicher sprach sich über Dowe's kugelsichere Uniform ebenso skeptisch wie Professor Billroth aus, besonders nachdem das Manlicher-Gewehr auf 300 Schritt einen starken Baumstamm durchbohrt.

Brüssel, 25. März. In Herenthals fand gestern Abend eine fürchterliche Explosion in der dortigen Dynamitfabrik statt. Drei Arbeiter sind todt und vier wurden lebensgefährlich verletzt.

Paris, 25. März. Das Seine-Gericht vertheilte die Anarchisten Merngeis und Chapultial wegen Ermordung eines Genossen derselben zu lebenslänglicher Zwangsarbeit.

Constans machte gestern Abend die amtliche Mittheilung, daß er die Kandidatur für die Präsidentschaft des Senats annehme. Constans' Wahl scheint gesichert, da sein Gegenkandidat Magnus nur auf die Stimmen der Rechten rechnen kann.

Der „Radicale" schreibt: „Die Kammer habe trotz aller Gegenbehauptungen ihrer Freunde einen großen Fehler begangen, sie hat eine bedauernswerthe Schwäche gezeigt und alle Autorität verloren."

Madrid, 25. März. Der Großfürst Nikolaus macht jetzt eine Reise in Spanien, bewahrt aber dabei das strengste Inkognito. Gestern hat der Großfürst Madrid verlassen und ist nach Sevilla gereist, woselbst er den Feierlichkeiten und den Gottesdiensten der Charwoche beiwohnen wird. Bei seiner Abreise von hier hatte sich der Präfekt eingefunden.

Christiania, 25. März. Der Finanzausschuß des Storthings hat den Antrag einiger seiner Mitglieder, die Apanage des Königs auf 256 000 Kronen (jetzt 336 000 Kronen) herabzusetzen, sowie den Antrag des Abg. Rinde, bei dem ersten Thronwechsel die Apanage auf 100 000 Kronen festzusetzen, abgelehnt, und die unveränderte Bewilligung beantragt.

London, 25. März. Wie jetzt verlautet, soll der Tod des Herzogs von Bedford durch Selbstmord erfolgt sein. Eine Bestätigung dieser Nachricht liegt durchaus nicht vor und wird derselben auch wenig Glauben geschenkt.

Petersburg, 25. März. Der Generalgouverneur von Chinesisch-Turkestan hob alle Zölle mit Ausnahme des Einfuhrzolls auf Opium auf. Durch diese Maßregel wird England auf gleichen Fuß mit Rußland gestellt.

Herr von Giers dessen Befinden ein ausgezeichnetes ist, kündigte neuerdings seine Rückkehr nach den Osterfeiertagen an.

Riga, 25. März. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde der protestantische Prediger Meier wegen Trauung eines russisch-orthodoxen Landmannes mit einer Protestantin der geistlichen Würden entkleidet und zu 4 Monaten schweren Kerkers verurtheilt. — Der Pastor Karl Moltrecht, welcher einer russischen Bäuerin die Beichte abnahm, ist zu 7 Monaten Kerker verurtheilt und aus seinem ständigen Aufenthaltsorte ausgewiesen worden.

Newyork, 25. März. Aus Washington wird gemeldet, daß die Stadt Porves im Mississippi vollständig niedergebrannt ist.

Nach Meldungen aus Sidney hat der Premierminister von Neu-Südwales, Georg Dibbs in Folge seiner Bankerotterklärung seine Stelle niedergelegt. Er wird indeß als Kandidat bei der Neuwahl auftreten.